

Was kommt nach der Pandemie?

Ein 10-Punkte Programm für eine Erneuerung der Fundamente

The foundational economy collective¹

“People only accept change when they are faced with necessity and only recognise necessity when a crisis is upon them”

(Jean Monnet, Memoirs, 1978)

In Zeiten, in denen Krisen die Titelseiten füllen - von Pandemien bis zu jenen auf Finanzmärkten - werden auch die Notwendigkeiten zur Kenntnis genommen. Der Schlachtruf politischer Entscheidungsträger lautet: "was immer nötig ist" („whatever it takes“). Dies war das Versprechen, des damaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank Mario Draghi 2012 in Reaktion auf die Krise der Eurozone, und es wurde zu Beginn der Covid-19-Krise von Rishi Sunak, dem britischen Finanzminister, wiederholt. In dieser aktuellen Situation bestehen europäische Finanzminister und Staatsoberhäupter, wie Präsident Macron, metaphorisch darauf, dass "wir uns im Krieg befinden“. Krieg wird deshalb heraufbeschworen, weil dies der einzige nationale Zustand ist, in dem das politische Ziel, einen äußeren Feind zu besiegen, es zu rechtfertigen scheint, für die Dauer des Kampfes jede Regel der orthodoxen Wirtschaftspolitik zu brechen.

Vor diesem Hintergrund stellen wir die Frage, was nach der Pandemie kommt, wenn der öffentliche Gesundheitsnotstand vorbei ist. Denn der Notfall mit seinen Sachzwängen eröffnet ein Feld von Möglichkeiten nach der Krise, die nicht immer zu fortschrittlichen Lösungen führen müssen. Nach der Finanzkrise von 2008 wurden die re-regulierten Banken gezwungen, mehr Eigenkapital zu halten. Aber das Finanzmärkten zugrundeliegende Problem privater Verschuldung wurde nicht angegangen. Großunternehmen schlitterten, überlastet mit sehr riskanten Schulden, in die Rezession von 2020 und deren Herabstufung auf Schrott-Status wird nicht nur sie, sondern auch jene Institutionen, die für ihre Schulden haften, finanziell in Schwierigkeiten bringen.

Gleichzeitig können höchst sichtbare Krisen vom Typ der Covid-19 Krise jene mit geringerer Sichtbarkeit auf Titelseiten verdrängen. Die Notwendigkeit sich letzteren anzunehmen wird so in verantwortungsloser Weise aufgeschoben. Der Umwelt- und Klimanotstand ist wissenschaftlich unbestreitbar, aber meist lokal nicht sichtbar und multikausal. So können politische Entscheidungsträger mit leeren Versprechungen zur angestrebten Klimaneutralität bis 2050 vermeintlich tugendhafte Werthaltungen signalisieren. Voraussichtlich wird die lokal höchst sichtbare und monokausale Covid-19 Krise die Besorgnis über den Klimawandel

¹ <https://foundationaleconomy.com/>

verdrängen - zumindest bis ein Impfstoff verfügbar ist; und in den Nachrichtensendungen werden Epidemiologen und Epidemiologinnen Greta Thunberg und die Protestierenden von Extinction Rebellion ersetzen.

Und Krisen der öffentlichen Gesundheit, die dramatische Wendepunkte mit sich bringen und existenzielle Entscheidungen offensichtlich machen, fordern Aufmerksamkeit in einer Weise, wie schleichende Erosionskrisen dies nicht tun. So haben wir in ganz Europa seit dreißig Jahren eine anhaltende Krise; die Erosion des sozialen Zusammenhalts mit zunehmenden Einkommens- und Vermögensungleichheiten, die tatsächlichen wirtschaftlichen Schaden anrichten und gleichzeitig das Misstrauen gegenüber politischen Eliten, die Fragmentierung von Parteien sowie politische Unbeständigkeit nähren. Dies ist zum Teil die unbeabsichtigte Folge einer Politik, die durch *Quantitative Easing* und niedrige Zinssätze, Vermögenspreise und -ungleichheiten seit der Krise von 2008 weltweit angehoben hat.

Vor diesem Hintergrund ist dieses Manifest eine Intervention einer europaweiten Gruppe von Akademikerinnen und Akademikern - des Foundational Economy Collective -, die seit mehreren Jahren in Büchern und Artikeln² argumentieren, dass politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger eine bessere Balance schaffen müssen: zwischen der Sorge um Arbeitsplätze und Löhne auf der einen Seite und der kollektiven Bereitstellung von lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen wie Wohnen, Energie, Wasser, Gesundheit, Bildung und Pflege auf der anderen Seite. Denn bei letzteren handelt es sich nicht um individuellen Konsum, ermöglicht durch Einkommen, sondern um kollektiven Konsum, das heißt es geht um die gesellschaftliche Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen, von denen jene grundlegenden Versorgungssysteme abhängen, die uns ein sicheres und zivilisiertes Leben ermöglichen.

Der Begriff der „Fundamentalökonomie“ und dessen Fokus auf die grundlegenden Systeme, die das täglich Lebensnotwendige produzieren, wurde immer wieder in Frage gestellt. Einige bevorzugen den weiter gefassten Begriff der "Alltagsökonomie", welcher Geschäfte des Einzelhandels wie Nagelstudios oder Blumenläden miteinschließt. Doch die gegenwärtige Krise unterstreicht die Bedeutung des engeren Fokus, weil sie die Wichtigkeit der Fundamentalökonomie als jenen Teil der Wirtschaft zeigt, der schlichtweg nicht stillgelegt werden kann. Und die Liste der essentiellen, systemerhaltenden Arbeitskräfte in jeder Volkswirtschaft bietet eine allgemeine und praktische Definition dessen, was als grundlegend gilt.

Etwas Gutes muss von der Pandemie insofern ausgehen, als sie anschaulich die Bedeutung dieser grundlegenden Systeme der Fundamentalökonomie demonstriert. Sie zeigt auch einmal mehr, wie in jeder Krise gewöhnliche Beschäftigte im Dienstleistungsbereich mit einem Pflichtgefühl, das bei überbezahlten Führungskräften oft fehlt, klaglos und zuverlässig wesentliche gesellschaftliche Aufgaben erfüllen. Krankenpflegerinnen auf Intensivstationen und schlecht bezahlte Assistentinnen in Pflegeheimen werden zu Heldinnen an vorderster

² Foundational Economy Collective

a. Foundational Economy, Manchester University Press, September 2018; b. *Economia Fondamentale*, Einaudi, April 2019; c. *Die Ökonomie des Alltagslebens*, Suhrkamp, August 2019.

Front, während Auslieferer von Supermärkten als unverzichtbare Arbeitskräfte anerkannt werden.

Aber die öffentliche Dankbarkeit ist oft nur von kurzer Dauer, und viele Arbeitgeber können es sich finanziell nicht leisten nach Gefühlslagen zu handeln. Die große Frage ist, ob wir alle nach der Krise standardmäßig zu unseren altbekannten Mustern zurückkehren. Oder können wir diese Krise aktiv als Hebel nutzen, um für eine grundlegende Versorgung zu plädieren, die den Wert des kollektiven Konsums, unterstützt durch Infrastruktursysteme, anerkennt. Vor der Krise wurde in Deutschland eine Debatte über die Erneuerung der Infrastruktur geführt, in welcher Unternehmer und Gewerkschaften (BDI und DGB) dafür plädierten, 450 Milliarden Euro in Brücken, Schienenverkehr und Schulgebäude zu investieren. Wir plädieren für umfassendere Programme der Erneuerung, die den Zugang zu all jenen Systemen und Infrastrukturen der sozialen Sicherung und Versorgung garantieren, die soziales Wohlergehen (well being) ermöglichen.

Wir gliedern unsere Argumentation für diesen breiten gesellschaftlichen Ansatz in drei Abschnitte. Im ersten Abschnitt erläutern wir, wie und weshalb wir inmitten einer Krise eine Vision einer besseren Zukunft nach der Krise entwickeln sollten; der zweite Abschnitt führt diese Vision aus, indem er ein Zehn-Punkte-Programm vorschlägt, das einige Prioritäten der kollektiven Versorgung skizziert; der dritte und letzte Abschnitt befasst sich mit der heiklen Frage nach einer Politik der grundlegenden Erneuerung, angesichts der Tatsache, dass lokale Besonderheiten und politische Kräfteverhältnisse innerhalb sowie zwischen den Ländern Europas so stark variieren.

1. Vision als Kompass: Wird es 1918 oder 1945 sein?

Bei grundlegenden Überlegungen zur Covid-19-Krise lehnen wir die übliche politische und mediale Tagesordnung ab: Die politische Klasse verbringt die meiste Zeit damit, sich mit den Problemen von heute zu befassen, die in die Zeitung von morgen gelangen (oder eben nicht gelangen sollen); und so steht das Krisenmanagement an erster Stelle und die Zukunftsplanung wird verschoben. Unsere Priorität ist es, dass politische EntscheidungsträgerInnen und BürgerInnen jetzt anfangen, über eine andere und bessere Versorgung nach der Krise nachzudenken, während sie sich mit dringenden, dynamischen Problemen eben dieser Krise befassen.

Denn die größte Frage ist, was nach der Krise passiert. Kehren wir zur alten Prioritätensetzung zurück und vergessen, was wir über die Bedeutung der Fundamentalökonomie gelernt haben; oder können wir unseren Weg finden, um eine bessere Grundversorgung aufzubauen, die den Zugang für viele Menschen erweitert und Bürgerrechten einen Sinn verleiht? Bei der Beantwortung dieser Frage hilft es, die historischen europäischen Analogien zu berücksichtigen: Die Frage ist dann, ob wir uns im Jahr 2021, wenn die Krise abklingt, in einem Jahr wie 1918 oder wie 1945 wiederfinden werden.

Der Erste Weltkrieg ebnete weder bei den Gewinnern noch den Verlierern den Weg für neue nationale Sozialordnungen. Nach 1918 wurden Deutschland durch den Vertrag von Versailles rachsüchtige Reparationszahlungen auferlegt. Die langfristige Folge war nicht der Wiederaufbau, sondern der Revanchismus. In Großbritannien versprach Premierminister

Lloyd George "ein Land, das seiner Helden würdig ist", bevor seine Regierung mit dem Versprechen eine halbe Million Wohnungen zu bauen scheiterte und radikale Sozialreformen für einige Jahrzehnte delegitimierte. Es gab selbstverständlich auch städtische Errungenschaften, vor allem im sozialen Wohnbau der Zwischenkriegszeit, aufbauend auf der Tradition des "Munizipalsozialismus" vor 1914, der die Bedeutung kollektiven Handelns für die Lebensbedingungen in Birmingham, Rom und anderswo zuerst erkannt hatte. Aber auch das glorreiche grundlegende Experiment des Roten Wiens wurde im österreichischen Hinterland immer abgelehnt und 1934 durch den Bürgerkrieg, der symbolisch im Artilleriebeschuss des kommunalen Wohnbaukomplex Karl Marx Hof gipfelte, abgebrochen.

Nach 1945 schufen sowohl die Gewinner als auch die Verlierer des Krieges, teilweise zufällig, teilweise absichtlich, bessere nationale Sozialordnungen. Die Realpolitik des Kalten Krieges führte zum Ende eines kurzlebigen Programms der "Demontage" der deutschen Industrie und die Hilfsmittel des Marshall-Plans unterstützten nach 1949 den industriellen Wiederaufbau Westdeutschlands als soziale Marktwirtschaft. Die Labour-Regierung Großbritanniens 1945-51 schuf eine neue Sozialordnung, die eine Bildungsreform, kostenlosen Zugang zu Krankenhäusern im Rahmen des National Health Service (NHS), eine erweiterte Sozialversicherung und den groß angelegten Bau von Sozialwohnungen einschließlich neuer Städte umfasste. In ganz Europa traten neue soziale Rechte in Kraft. So konnten die BürgerInnen der westeuropäischen Länder ab den 1960er Jahren eine Ausweitung ihrer sozialen Rechte in einem Ausmaß als selbstverständlich ansehen, wie es noch in den 1920er oder 1930er-Jahren undenkbar gewesen wäre.

Aus unserer Sicht bedeutsam ist der Umstand, dass die Nachkriegsordnung Großbritanniens bereits in Kriegszeiten geplant und öffentlich gemacht wurde, sobald die unmittelbare Bedrohung durch die Invasion vorüber war. Der Beveridge-Plan für die Sozialversicherung wurde 1942 veröffentlicht, in Großbritannien innerhalb eines Monats 100.000 Mal verkauft, in 22 Sprachen übersetzt und aus der Luft über dem besetzten Europa abgeworfen. Die totale Kriegsführung der britischen Regierung verschlimmerte die Hungersnot in Bengalen von 1943 und umfasste die Bombardierung von Dresden. Aber die britischen Bombenflugzeuge warfen auch deutsche Übersetzungen des Beveridges Plans ab. Dieser Teil der britischen Kriegsanstrengungen war also ein ausgearbeiteter und ehrgeiziger Plan zur Nutzung der beitragspflichtigen Sozialversicherung nach dem Krieg, um "Mangel" oder einkommensbezogene primäre Armut zu beseitigen.

Alle historischen Analogien sind ungenau, doch lässt sich aus dieser eine Lektion mitnehmen: Inmitten einer Krise und der Schrecken des Krieges konnte die Vision einer besseren Zukunft nach der Krise, unterstützt durch einen konkreten Plan, ein Mittel zur Motivation gebeutelter BürgerInnen sein und der Welt signalisieren, dass wir einen moralischen und politischen Kompass hatten, der uns den Weg zu einer besseren Welt nach dem Krieg weisen konnte. In Analogie dazu ist dies jetzt mitten in der Krise unsere Chance. Selbst mitten in der Covid-19-Krise ist es wichtig darüber nachzudenken, was wir unter einer besseren fundamentalökonomischen Grundversorgung verstehen, damit wir nach der Krise nicht wieder zur alten Tagesordnung zurückkehren mit den altbekannten Akteuren, die die altbekannten Geschäftsmodelle verfolgen, die sozial und ökologisch versagt haben.

Währenddessen müssen Bürgerinnen und Bürger tagtäglich eine Krise bewältigen, in der die nationalen Regierungen grundlegende Versorgungspflichten haben: erstens, die Versorgung mit lebensnotwendigen Gütern wie Lebensmitteln und Dienstleistungen wie Gesundheit und Pflege zu sichern und gerecht zu verteilen; zweitens, die üblichen Marktprozesse auszusetzen, welche die Nichtzahler mit dem Ausschluss aus Diensten oder Zwangsräumungen bestrafen. Diese Pflichten überschneiden sich mit präventiven geld- und fiskalpolitischen Interventionen. Seit Bagehot verpflichteten sich Zentralbanken, dem Markt Liquidität zuzuführen, um das Stocken der Finanzmärkte und den Zusammenbruch der Banken zu verhindern; seit Keynes übernehmen die Regierungen eine gewisse Verantwortung für eine antizyklische Fiskalpolitik zur Verringerung der Arbeitslosigkeit.

Zu Beginn der Krise war die europäische Reaktion zur Sicherung der Grundversorgung zögerlich: BürgerInnen sowie Regierungen erkannten nur langsam, dass (in Ermangelung asiatischer Testungs- und Nachverfolgungskapazitäten) nur Ausgangssperren und erzwungene soziale Distanzierung eine Überlastung des Gesundheitssystems und viele Todesfälle vermeiden können. Während wir diesen Text verfassen, Ende März und in einem weitgehend abgeriegelten Europa, stehen wir am Anfang der nächsten Phase. Basierend auf den norditalienischen Erfahrungen stellt sich die Frage, wo und wann die Intensivstationen mit Fällen von Lungenentzündungen, deren Behandlung Beatmungsgeräte benötigen, überfordert sein werden, so dass Alte nur noch palliative Pflege erhalten können. In den späteren Phasen der Krise, falls sie sich in aufeinanderfolgenden Wellen über 12 Monate hinzieht (wie im Fall der Spanischen Grippe 1918), wird sich die Frage stellen, wie die Kosten für Maßnahmen zur Einkommenssicherung als Ersatz für entgangene Löhne finanziert werden können.

Wenn die nationalen und regionalen Regierungen auf die Krise nur langsam und ungeschickt reagierten, half auch das, was die Deutschen und Niederländer als "Hamsterkauf" von Toilettenpapier und konservierten Lebensmitteln bezeichnen, nicht weiter. Aber die Grundversorgung der BürgerInnen muss auf die eine oder andere Weise aufrechterhalten werden (obwohl einigen Gruppen der Zugang durch Triage oder politische Entscheidung verweigert werden wird). Demokratische Regierungen gewinnen politische Zustimmung durch einen impliziten Gesellschaftsvertrag, durch den sie einige grundlegende Formen des Schutzes für ihre Bürgerinnen und Bürger garantieren; ein Zusammenbruch der Grundversorgung in Bereichen wie etwa der Lebensmittelversorgung würde schnell auch zu einem Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung führen.

Die Regierung verfügt über die Ressourcen und die Legitimität, um eine führende Rolle bei der Krisenversorgung zu spielen und die Wirtschaft wird sich kooperativ verhalten (sofern entsprechend mit Geld ausgestattet). Doch wird die Lebensqualität der meisten von uns dann wesentlich von der Zivilgesellschaft und wirksamer gemeinschaftlicher Solidarität bei den oft übersehenen alltäglichen Aktivitäten abhängen. In ganz Europa erstellen ehrenamtliche Koordinatoren neue Listen staatsbürgerlicher Pflichten für Familie und Nachbarn nach der Krise. Eine aktuelle walisische Liste umfasst etwa: Hunde ausführen, Kinderbetreuung, Haushaltsführung, Kochen, sich einer Person freundschaftlich annehmen, Einkaufen und Lieferfahrten sowie Besuche bei Nachbarn, um nach ihnen zu sehen. Dies sollte vielen von

uns genügend Zeit geben, über eine Erneuerung der Fundamente, auf denen unsere Grundversorgung ruht, nachzudenken.

2. Ein 10-Punkte Programm für eine Erneuerung der Fundamente

Dieses Manifest wird in der Anfangsphase der Krise verfasst, in der der größte Teil Westeuropas in Erwartung der Welle von Krankheit und Tod, die bereits Norditalien erfasst hat, abgeriegelt ist. War die Reaktion zur Sicherung der Grundversorgung langsam, so war die wirtschaftspolitische Reaktion der Entscheidungsträger in den meisten nordeuropäischen Ländern prompt, mutig und unkonventionell.

Unter dem Druck der Lobbys der Großunternehmen und der organisierten Arbeitnehmerschaft haben die nationalen Finanzministerien den Unternehmen und Beschäftigten der produktiven Wirtschaft beispiellose Unterstützung angeboten (und ebenso den Finanzmärkten Liquidität zugeführt). Deutschland richtet einen 500-Milliarden-Euro-Fonds zur Beteiligung an notleidenden Unternehmen ein; Frankreich bietet Darlehen von bis zu 300 Milliarden Euro plus Kapitalbeteiligung "oder sogar Verstaatlichung" an. Dänemark deckt 75% der Lohnausfälle für die ersten drei Monate; Italien deckt 80% der Lohnausfälle für neun Wochen; Großbritannien bietet Lohnersatz zu 80% bis zu einem Höchstbetrag von 2.500£ pro Monat an.

Dies signalisiert das unmittelbare Ende eines bereits wackeligen Konsenses über „solide Finanzen“ und „Sparmaßnahmen im Sozialbereich“, der sich auf EU-Ebene in Regeln über Haushaltsdefizite äußerte und im griechischen Rettungspaket umgesetzt wurde. Journalistinnen und Journalisten in ganz Europa haben sich beeilt, in ihren Gastkommentaren darüber zu schreiben, wie die wirtschaftspolitischen Veränderungen zu einem Wechsel in der Wirtschaftspolitik führen werden, wie er in jeder Generation nur einmal vorkommt: eine Umkehr des von Thatcher und Reagan in den 1980er Jahren eingeleiteten Angriffs auf staatliches Eigentum, staatliche Regulierung sowie öffentliche Dienstleistungserbringung.

Aber Vorsicht ist geboten, denn die Aussetzung orthodoxen ökonomischen Denkens zu Beginn einer Krise sagt wenig. Viele von uns können sich daran erinnern, wie nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers im Jahr 2008 einige Monate lang verkündet wurde, dass sich der finanzialisierte Kapitalismus ändern würde, und zwar vollkommen. Doch dann bezahlten die US-Hauseigentümer den Preis dafür, dass die Banken überall gerettet und nicht aufgelöst wurden, während Liquiditätsspritzen und niedrige Zinsen die Preise für Vermögenswerte in die Höhe trieben und den nächsten Zyklus unregulierter Kreditschöpfung auf den Finanzmärkten einleiteten. So dass sich einige Jahre später nur sehr wenig geändert hatte.

Die Lehre aus dieser jüngsten Enttäuschung ist, dass wir eine positive Vision mit anderen Prioritätensetzungen brauchen, die die kollektiven Werte verkörpern, die der lebensnotwendigen Versorgung zugrunde liegen. Aber Visionen sind rhetorische Mittel, die oft nicht verwirklicht werden. Daher sollte eine Vision am besten durch konkrete Pläne unterstützt werden, die diese Vision im Detail konkretisieren, auch wenn diese Pläne nie vollständig umgesetzt werden. Wenn Beveridges Vision das Ende der durch niedrige Einkommen verursachten primären Armut war, so operationalisierte der Beveridge-Bericht

diese Vision mit detaillierten Plänen, einschließlich Berechnungen der notwendigen Haushaltsausgaben, die die Schwankungsbreite der Mieten zwischen den englischen Regionen berücksichtigten.

Auf verschiedenen Ebenen der EU, der nationalen und regionalen Regierungen müssten jetzt miteinander verknüpfte Pläne für eine bessere Grundversorgung entwickelt werden. Diese benötigen Ressourcen zur Analyse lokaler Besonderheiten, aus denen verschiedene konkrete Pläne für Regionen und Städte entstehen. Wir verfügen nicht über die Mittel, um solche detaillierten Pläne zu entwickeln und könnten dies auch nicht ohne breitere Beteiligung tun. Stattdessen bieten wir nachfolgend ein Zehn-Punkte-Programm an, das eine grundlegende Agenda für nationale und regionale Regierungen Europas sowie für Kommunen mit Handlungsmacht definiert. Dieses Programm ist selbstverständlich provisorisch und im Laufe der Krise wird es notwendig sein, die zehn Punkte erneut zu überdenken.

Wir geben bescheiden zu, dass es noch viel zu lernen gibt. Aber wir bestehen auch mit Nachdruck darauf, dass ganz Europa jetzt eine umfassende Grundsatzklärung braucht, deren Anwendung je nach nationalen und regionalen Gegebenheiten variiert und je nach dem Gleichgewicht zwischen zentristischen und linken, roten oder grünen politischen Ideologien in den einzelnen Regionen angepasst werden könnte. Dieses Programm zeigt weniger an, wo wir stehen, sondern weist vielmehr in eine Richtung, mit Start- und Zielpunkten, die in den verschiedenen Regionen sehr unterschiedlich sind. Die Vorschläge des Programms für eine bessere fundamentalökonomische Grundversorgung dürfen nicht nur auf die Covid-19-Krise eingehen, sondern auch auf die Umwelt- und Klimakrise sowie die Erosion des sozialen Zusammenhalts.

Das Programm bricht mit dem auf der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung basierenden Verständnis einer einheitlichen Wirtschaft, in der es darum geht, den Wert des vermarktaren Outputs durch Wachstum zu steigern. Mit diesem Verständnis sind wir gescheitert, weil es im 21. Jahrhundert eine Version von Galbraiths „privatem Überfluss und öffentlichem Elend“ hervorgebracht hat, während Einkommen und Reichtum so ungleichmäßig verteilt sind, dass die meisten normalen Bürgerinnen und Bürger kaum Verbesserungen spüren. Dagegen argumentieren wir, dass es mehrere Wirtschaften gibt, die man sich als verschiedene Zonen mit unterschiedlichen Logiken und komplexen Verflechtungen vorstellen kann.

Wenn die Pandemie vorüber ist, müssen wir wieder ein neues Gleichgewicht herstellen; weg von der marktzentrierten und wettbewerbsorientierten Wirtschaft und hin zu einer überwiegend geschützten Fundamentalökonomie, die jene täglich lebenswichtigen Güter und Dienstleistungen produziert, welche Lebensqualität und Nachhaltigkeit gewährleisten. Und wir müssen ebenso akzeptieren, dass die finanzialisierten Geschäftsmodelle der börsennotierten Unternehmen und der Private-Equity-Fonds durch ihre Wert-Abschöpfung jene grundlegenden Aktivitäten gefährden, die bescheidene, stetige Erträge für langfristige Investitionen bieten.

Das übergeordnete Ziel des Programms ist schlichtweg die Erweiterung der kollektiven Verantwortung für die grundlegende Versorgung in allen Schlüsselbereichen. In den

folgenden zehn Punkten geht es darum, wie diese Erweiterung durch verschiedene Mittel, wie gesellschaftliche Betriebslizenzen oder Vermögenssteuern, erreicht werden kann und wie unterschiedlich sie in Bezug auf verschiedene Infrastrukturen und Aktivitäten, von Wohnen über die Lebensmittelversorgung bis zur Energie, funktionieren würde.

1. **Kollektiv Verantwortung für die grundlegende Versorgung mit Gesundheit und Pflege übernehmen.** Gesundheit ist jener Bereich, in dem die Bildung von Allianzen am einfachsten ist. In einem Bereich, in dem die kollektive Bereitstellung als legitim gilt, ist die Krise ein Weckruf. Hier können Fachleute die Führung übernehmen. Im Gesundheitswesen gibt es viel zu tun. Zuerst einmal müssen die regionalen Unterschiede in der finanziellen Ausstattung innerhalb der Länder, wie etwa zwischen dem Norden und dem Süden Italiens, reduziert werden. High-Tech Medizin erfordert überlegte Investitionen in Kapazitäten, um Skandale des Unvorbereitet-Seins zu vermeiden - wie im Fall des unterfinanzierten britischen Gesundheitswesens NHS, das die Hälfte seiner Akutbetten in den vergangenen 30 Jahren abgebaut hat. Die Briten verfügten am Beginn der Krise nur über 4.000 Akutbetten für Erwachsene, 5.000 Beatmungsgeräte und eine beschränkte Kapazität an Testlaboren, was es unmöglich machte, den Ansatz von „Testen und Nachverfolgen“ anzuwenden. Gleichzeitig müssen gemeinschaftsorientierte Gesundheits- und Pflegedienste sowie die Präventivmedizin, die auf Wohlbefinden ausgerichtet ist, ausgeweitet werden. Es ist großartig zu sehen, dass die gegenwärtige Krise zu einer Wiederentdeckung von öffentlicher Gesundheitsvorsorge in Form der Seuchenbekämpfung geführt hat. Aber der öffentlichen Gesundheitsvorsorge muss eine viel breitere und präventivere Rolle bei Themen wie falscher Ernährung, Luftverschmutzung und psychischen Gesundheitsproblemen zukommen. Ohne diese Unterstützungen drohen Fettleibigkeit und Typ-2-Diabetes das Gesundheitssystem zu überlasten, während die Sicherung der psychischen Gesundheit, die eine ganzheitliche Behandlung der Patienten und damit deren Wohlbefinden gewährleisten würde, selten finanziert wird.
2. **Nach Gesundheit sind Wohnen und Energie die weiteren unmittelbaren Prioritäten einer Grundversorgung.** Wir schließen mit dem Bereich des Wohnens an, weil dieser definitiv mit Investitionen und Regulierungen lösbar ist. Teilweise existiert diese Zukunft des Wohnens schon oder ist in Städten wie Berlin zumindest auf der politischen Agenda. Regierungen müssen zusammen mit regulierten nicht-gewinnorientierten Unternehmen und Mietervereinigungen Verantwortung übernehmen für die Verfügbarkeit von Sozialwohnungen, die qualitativ hochwertig und dekarbonisiert sind, Kündigungsschutz bieten und deren Mieten an das lokale Lohnniveau gekoppelt sind. Dekarbonisierung umfasst die Versorgung mit erneuerbarer Energie ebenso wie Wärmedämmung bei neuen und existierenden Wohnungen in allen Besitzverhältnissen. Regional- und Industriepolitik müssen sich von nicht realisierbaren Ambitionen zur Schaffung von Arbeitsplätzen hin zu realistischen Zielen verlagern, die den Bestand an Sozialwohnungen erhöhen. In Ländern wie Spanien, in denen sozialer Wohnbau kaum existiert, und in Ländern wie dem Vereinten Königreich oder Italien, wo die Hälfte des sozialen Wohnbaus in unverantwortlicher Weise verkauft wurde, müssen dies großangelegte Programme sein. In Ländern wie Deutschland und Belgien, würden sich die Programme, angelehnt an

Städte wie Berlin, auf Mietbegrenzungen konzentrieren; hinzu kämen, wie in Wien, Verpflichtungen zur Errichtung eines fixen Anteils an Sozialwohnungen bei der Erteilung neuer Flächenwidmungen. Fondsinvestoren, die nach hohen Renditen streben, müssten durch Formen von nicht-gewinnorientierten Unternehmen ersetzt werden. Parallel dazu braucht ganz Europa Experimente mit öffentlicher und gemeinschaftlicher Energieversorgung, die etwa von der deutschen Energiewende, als Pionierin bei gemeinschaftsgesteuerten erneuerbaren Energiesystemen, lernen können.

3. **Ernährung ist zwar komplexer, muss aber angegangen werden.** Es ist komplex, weil Ernährungsgewohnheiten eng mit Kultur zusammenhängen und weil einige wenige Supermarktketten Marktmacht besitzen und eine dominante Rolle im nationalen Einzelhandel einnehmen. Dieses Supermarkt-Geschäftsmodell ist nicht nachhaltig und fragil. Es basiert auf dem Kapern von Gewinnen der Zulieferer, was durch die fortwährende Gefahr des Lieferantenwechsels in zunehmend zersplitterten, geographisch diffusen Lieferketten ermöglicht wird, während gleichzeitig die Just-in-Time Produktion maximale Erträge aus den Einzelhandelsflächen erlaubt. Dies erodiert im Übrigen kleinteiligere Lebensmittelsysteme, die zwar kein Ersatz des modernen Ernährungssystems sind (wie dies in romantisierenden tiefenökologischen Vorstellungen der Fall ist), jedoch einen wichtigen Teil einer gut diversifizierten Wirtschaft ausmachen. Es ist deshalb wichtig, Experimente in nachhaltiger Lebensmittelversorgung – wie den Ernährungsrat in Bristol – zu fördern. Darüber hinaus müssen jene Supermarktketten reguliert werden, die den Vertrieb an Verbraucher dominieren und Lieferanten mit wenig Aufwand oder Hindernissen unterdrücken, da ihre mimetischen Geschäftsmodelle gar keine verbotenen Absprachen mit ihren Konkurrenten erfordern. Supermärkte sind erste Kandidaten für gesellschaftliche Betriebslizenzen, so wie sie im nächsten Punkt vorgeschlagen werden.
4. **Einführen von gesellschaftlichen Betriebslizenzen, das heißt: Regulierungen, die soziale und ökologische Verpflichtungen für alle unternehmerischen Anbieter von grundlegenden Diensten vorschreiben.** Gewinnorientierte und nicht-gewinnorientierte Anbieter haben durch ihre Netzwerke und Filialen de facto eine gebietsmäßige Konzession. Als Gegenleistung sollen sie etwas Soziales anbieten, wie den Verzicht auf Steuerumgehung oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Alle anderen großen Unternehmen sollten unter diese Regulierung gestellt werden, sobald sie jegliche Art öffentlicher Hilfe in Anspruch nehmen (z.B. Rettungsmaßnahmen, Baugenehmigungen, öffentliche Beschaffungsaufträge, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, etc.). Wir empfehlen dieses System des sozialen quid pro quo, weil enge wirtschaftsbasierte Wettbewerbs- und Marktregulierung zum Schutz des Verbrauchers versagt hat und in einer Plattformwirtschaft zunehmend irrelevant ist. Organisationen mit einem finanzialisierten Geschäftsmodell arbeiten mit Tunnelblick ohne Rücksicht auf soziale Konsequenzen und ökologische Schäden. Dies zeigt sich zum Beispiel in vielen europäischen Ländern, in denen Supermärkte keine Verantwortung für die Ernährungsgewohnheiten der Bürgerinnen und Bürger übernehmen, und nur langsam beginnen, Plastikverpackungen für Obst und Gemüse zu reduzieren. Am ungeheuerlichsten ist es, dass die ersten in der Schlange für Rettungsmaßnahmen in

jeder Krise diejenigen Firmen und Branchen sind, die unverantwortlich gehandelt haben, indem sie ihre Bilanzen durch exzessive Ausschüttungen in guten Zeiten belastet und damit ihre Kapazität verringert haben, Abschwünge zu verkraften. Es ist nicht nur die US-Luftfahrtindustrie, die 50 Milliarden US-Dollar als Rettungsmaßnahme fordert, nachdem sie zuvor ihre gesamten liquiden Mittel ausgeschüttet hat. In der Dekade vor 2018, verteilten auch die FTSE 100 Unternehmen ungefähr 4/5 ihrer Nettoeinkommen in Form von Dividenden und Aktienrückkäufen.

5. **Steuern auf Einkommen, Ausgaben und Vermögen reformieren, um die Fähigkeit von Regierungen zu steigern, öffentliche Einnahmen zu generieren.** Ohne Steuerreform werden die Lasten des Schuldendienstes, die durch die Covid-19 Krise entstanden sind, die Bereitstellung grundlegender Versorgungsleistungen unter Druck setzen und die notwendigen Investitionen in Wohnen und Gesundheit verdrängen. Die Covid-19 Krisenmaßnahmen machen es notwendig, dass Regierungen hohe laufende Defizite erwirtschaften, die sich als nationale Schulden konsolidieren. Schon vor der Krise, war die jeweilige Staatsverschuldung als Anteil am Volkseinkommen rund 80% in der EU. Die Zahlen reichten von niedrigen 34% in Dänemark zu Höchstständen mit 182% in Griechenland und 134% in Italien. Deutschland und das Vereinigte Königreich nahmen eine Mittelposition ein. In dieser Krise wird sich der Schuldenstand wahrscheinlich verdoppeln oder auf ein Niveau steigern, das seit den Nachwirkungen des Zweiten Weltkriegs in den 1940er Jahren nicht mehr erreicht wurde. Selbst mit niedrigen Zinsen und den Vorzügen stetiger Inflation wird es eine große Herausforderung, diese Schulden zu refinanzieren und zurückzuzahlen. Wenn das Steuersystem nicht reformiert wird, so dass ein höheres Steueraufkommen in einer gerechten Weise erzielt werden kann, dann heißt dies vermutlich 10 bis 20 Jahre strenger Sparprogramme, bei denen grundlegende Versorgungsleistungen wie Bildung, Gesundheit und Pflege ausgehungert werden, wie dies schon in vielen europäischen Ländern in den Austeritätsjahren nach der Finanzkrise 2008 der Fall war. Durch eine Steuerreform Einnahmen zu erhöhen ist die erste und fundamentale Voraussetzung, um grundlegende Versorgungsdienste zu verteidigen und auszuweiten.
6. **Investitionen von Pensionsfonds und Versicherungsfirmen vom Finanzmarkt entkoppeln, so dass sie direkt in die Bereitstellung materieller Infrastruktur gehen.** Die materielle Fundamentalökonomie bietet stabile, langfristige Investitionsmöglichkeiten mit geringen Ertragsersparungen, die mit 5% Schuldtitel finanziert werden können. Es ist nichts Neues und Revolutionäres daran, weil Kapital, das im 19. Jahrhundert in den Eisenbahnbau ging, ebenfalls 5% oder weniger erwirtschaftete. Aber der Finanzkapitalismus weckt bei börsennotierten Unternehmen und Fondsinvestoren wie etwa Private Equity Gesellschaften zweistellige Gewinnerwartungen, mit 10% oder mehr an Kapitalrendite. Es ist bizarr, dass 10% und mehr an Gewinnerwartungen auf den Finanzmärkten aufrechterhalten werden, wenn die Leitzinsen der Zentralbanken sich bei nahe 0% verfestigen; und wenn die Begünstigten nordamerikanische und nordeuropäische Pensionsfonds sind, die damit kämpfen, mehr als 5% Kapitalrendite zu erwirtschaften, da die Börse sich zyklisch entwickelt, während Hedgefonds und Beteiligungsgesellschaften keine systematisch höheren Erträge erwirtschaften.

Zweistellige Geschäftsmodelle sind grundsätzlich ungeeignet für kapitalintensive Aktivitäten in der Grundversorgung, bei denen hohe Betriebserträge nur auf Kosten der Erträge anderer Stakeholder erwirtschaftet werden können, inklusive der Beschäftigten in diesen Branchen, deren Wert wir nun gesellschaftlich wiederentdecken, nach dem ein finanzmarktgetriebenes Management über Jahre ihre Löhne und Arbeitsbedingungen verschlechtert hat. Kapital sollte nicht frei und kostenlos sein, aber die Entkopplung vom Finanzmarkt ist unabdingbar. Es gibt unterschiedliche nationale Ausgestaltung der Altersvorsorge. Für Länder wie etwa das Vereinigte Königreich gilt: Eigentum und Management gehört getrennt und die Emittierung von mit 5% verzinsten Wertpapieren gefördert, um neue Pflegeheime oder lokale Energienetze zu errichten. Dies würde eine bessere Balance ermöglichen zwischen der Disziplinierung von Unternehmen und Anreizen zur Kapitalbereitstellung durch den Staat und private Sparer.

7. **Fragile lange Güterketten der Grundversorgung verkürzen, und gleichzeitig die Unmöglichkeit lokaler Autarkie anerkennen.** Grundversorgung wird normalerweise lokal sichergestellt, und es gibt Spielraum, die lokale Nahrungsproduktion zu steigern. Jedoch beruht der Großteil von industriellen Endprodukten und deren Inputs auf langen Ketten und das soll auch so bleiben. Wir können realistischere nicht in die 1950er Jahre zurückkehren, als große westeuropäische Firmen mehr als drei Viertel ihrer Industriegüter von heimischen Firmen bezogen. Aber es ist irrwitzig, dass essenzielle Schutzausrüstung für Mediziner aus China importiert werden muss. Hier wäre es vernünftig, kürzere Lieferketten und relationale Beschaffung mit bevorzugten Lieferanten zu haben, deren Output nicht an den Höchstbietenden geht. Bei komplexerer Gerätschaft muss die Lösung europäisch sein, bei der sich eine kleine Anzahl von EU-Lieferanten bereit erklärt, den EU-Markt ohne Profitmacherei oder Bevorzugung des Heimatmarktes zu beliefern. Das heißt, das Beschaffungswesen würde innerhalb eines politökonomischen Gebietes weniger transaktional und mehr relational werden; und das ist einfach unmöglich, wenn wir bloß einen kleinen Teil einer chinesischen Fabriksproduktion abnehmen. Allgemeiner gesprochen, müssen wir uns von ökonomischen Phantasien vom Erfolg durch Freihandel verabschieden und anerkennen, dass wir in einer zunehmend instabilen politischen Welt leben. Handel durch Preisminimierung auf globalen Märkten ist die Phantasie der Befürworter eines harten Brexit im Vereinigten Königreich mit seinem hohen Handelsbilanzdefizit und ohne Kanonenboote. Während große Handelsbilanzüberschüsse mit anderen europäischen Ländern und die „Schwarze Null“ im Bundeshaushalt das deutsche Rezept waren, die EU zu destabilisieren, versagte Deutschland im Inland, grundlegende Versorgungsdienste zu gewährleisten und seine Infrastruktur zu erneuern.
8. **Jede Klein- und Großstadt sowie ländliche Randgebiete sollen – von Nationalstaat und EU unterstützt - einen Transformationsplan für Leben und Arbeiten entwerfen.** Politik ist lokal und Grundversorgung ist in Territorien geerdet. Daraus resultiert die Bedeutung von Plänen, die lokale Besonderheiten berücksichtigen und die unter der Partizipation der Bevölkerung erarbeitet werden, indem innovative Methoden der Aktivierung verwendet werden. Versammlungen, Bürgerforen und ähnliches werden unterschiedliche Botschaften produzieren, aber sie sind essenzielle Ergänzungen zur

repräsentativen Demokratie, weil wir verstehen müssen, was den Bürgerinnen und Bürgern wichtig ist. Wenn wir ihnen im Rahmen von Studien zugehört haben, dann nennen sie uns als eine zentrale Priorität die soziale Infrastruktur, wie öffentliche Parks; und, als Konsequenz, sind Top-down Politiken bedenklich, weil ihr Erfolg im Sinne von Vereinfachungen wie Bruttowertschöpfung pro Kopf definiert wird. Gleichzeitig müssen wir anerkennen, dass der Klimanotstand überall Änderungen in unserer Art zu leben und zu arbeiten notwendig macht, da Wohnen, Mobilität und Ernährung für mehr als die Hälfte der Emissionen verantwortlich sind. Wir brauchen lokale Beteiligung, wenn wir Lebensqualität und Nachhaltigkeit versöhnen und politische Reaktionen in der Form von plumpen Verboten und abschreckenden Preissetzungen vermeiden wollen. Die europäischen Klein- und Großstädte, in denen die meisten von uns leben, verbinden Lebensqualität mit Nicht-Nachhaltigkeit. Durch lange Zulieferketten, autobasierter Mobilität und von fossilen Energieträgern abhängigen Energiesystemen konsumieren sie schon einen Anteil an natürlichen Ressourcen, der drei bis vier Mal höher ist als dies unter Nachhaltigkeitskriterien möglich wäre. Barcelonas strategischer Entwicklungsplan PEMB fokussiert auf Luft, Wasser, Energie, Wohnen und Ernährung. Mit seiner Betonung auf Ermöglichung statt eines Top-down Ansatzes könnte er der Beginn einer neuen Form von Planung sein.

- 9. Fachliche und administrative Kapazitäten auf allen Regierungsebenen wieder aufbauen.** Die Politikwissenschaft debattiert den post-demokratischen Staat; ein Staat in dem der demokratische Apparat und seine Institutionen fortbestehen, Entscheidungen jedoch von einer polit-ökonomischen Elite getroffen werden. Wenn wir über die Erneuerung der Fundamente nachdenken, fürchten wir die Entstehung eines post-administrativen Staates mit Verwaltungsbehörden, die eine Managementrhetorik über Strategien und Führungsgrundsätzen mit einem Unvermögen verbinden, irgendetwas effektiv und effizient zu verwalten. Die Bewältigung der Krise von 2008 zeigte die Funktionsweise post-demokratischer Staaten, Covid-19 wird die mangelnde Effektivität unserer administrativen Staaten zeigen. Diese grundlegende politische Beschränkung ist selten Teil der Auseinandersetzung; so fehlt die Diskussion etwa in dem Manifest 2019 der britischen Labour Party, welches einen Green New Deal mit ambitionierten Zielen zur Dekarbonisierung des bestehenden Gebäudebestands forderte, ohne jedoch eine klare Idee zu haben, wie die dafür notwendigen Arbeiten geplant, organisiert und durchgeführt werden sollen. Die Probleme sind besonders akut bei Lokalregierungen, weil Kürzungen des Investitionshaushalts sowie die Privatisierung und Auslagerung vieler Aktivitäten diese ohne Personal und professionelle Kapazitäten zurücklassen. Nicht nur Großbritannien ist von Austeritätspolitik und 40% Budgetkürzungen für Lokalverwaltungen betroffen, auch in Italien wurden in den letzten Jahren die Beschäftigung in den Regional- und Lokalverwaltungen um mehr als 25% gekürzt. Ebenso gibt es in Deutschland Probleme der Lokalverwaltungen, welche nicht in der Lage sind, Mittel in Infrastrukturprojekte zu investieren. Ohne professionelle und administrative Kapazitäten können Regierungen keine führende Rolle im Entwickeln von Investitionsprogrammen und bei der Steuerung der Grundversorgung einnehmen. Die Folge ist eine Verschwendung von Steuergeldern.

10. **Schließlich müssen die europäischen Länder Verantwortung übernehmen für die vollkommen unzureichende Grundversorgung (z.B. bei Gesundheit) in den benachbarten Regionen** wie dem Nahen Osten und Nordafrika. Die EU mag unreformierbar sein. Es braucht aber jedenfalls eine Art Marshall Plan für den Wiederaufbau der marktfähigen Sektoren in diesen Regionen. Ein derartiges Agieren wäre gänzlich anders als der militärische Interventionismus, den wir in Libyen und Syrien gesehen haben, oder als der französische Neokolonialismus, wie wir ihn in Afrika südlich der Sahara kennen. Ohne Zweifel kann man, so wie die EU dies tut, jede Verantwortung zurückweisen und wie Kain in Genesis 4.9 die Frage stellen, „bin ich der Hüter meines Bruders?“. Doch legt Realpolitik, wie jene gegenüber Deutschland in den späten 1940er Jahren, nahe, dass konstruktive Verantwortungsübernahme die passende internationale Antwort ist. Sinkende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und zunehmende politische Instabilität im Mittleren Osten und in Nordafrika produzieren WirtschaftsmigrantInnen und Flüchtlinge. Ein europäisches Äquivalent zu Trumps Mauer, um Migrantinnen und Migranten draußen zu halten, ist langfristig so aussichtslos wie der alte Versuch des Sowjetblocks, mit Mauern die Menschen in Osteuropa drinnen zu halten. In beiden Fällen sind das zugrundeliegende Problem die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen auf der jeweils falschen Seite der Mauer. Nicht-Nachhaltigkeit hat politische und wirtschaftliche Dimensionen. Verantwortung für andere zu übernehmen erhöht die Ausgaben jeder Agenda zur Erneuerung der Fundamente, aber das Richtige zu tun, könnte langfristig auch das politisch und wirtschaftliche Kostengünstigste sein. In der Zwischenzeit sollten Appelle an die internationale Zusammenarbeit oder eine neue internationale Ordnung nicht, wie so oft in der Vergangenheit, als Entschuldigung dafür dienen, auf nationaler und lokaler Ebene nichts tun.

Die zehn Punkte sind allesamt praktische. Sie können von Politikerinnen und Politikern, Interessengruppen und zivilgesellschaftlichen Akteuren aufgegriffen werden. Aber sie werfen auch folgenreiche intellektuelle Fragen für die Wissenschaft und all jene auf, die die zugrundeliegende Themen analysieren wollen. Ein derartiges Thema ist, dass unsere finanzialisierte Fundamentalökonomie immer auf einen Punktwert zu einem Zeitpunkt ausgerichtet ist, so dass es niemals Unter- oder Überauslastung im System geben kann, weshalb vor- und nachgelagerte Ketteneffekte ignoriert werden. Dies geschieht im Fall von privaten/ausgelagerten Bereichen der Fundamentalökonomie, um die Wert-Abschöpfung zu erleichtern. Im Fall der im öffentlichen Eigentum befindlichen Fundamentalökonomie werden so ungeeignete unternehmerische Normen von „Effizienz“ nachgeahmt und/oder die spärliche Versorgung ergibt sich als Reaktion auf Sparprogramme. Die menschlichen Konsequenzen für prekäre Beschäftigte und schlecht versorgte Nutzerinnen und Nutzer sind schon seit einiger Zeit offensichtlich. Aber wie die Pandemie-Krise zeigt, birgt Effizienz ohne Reservekapazitäten systemische Fragilität und Verwundbarkeit unserer grundlegenden Infrastrukturen in sich, so dass diese nicht mit Unerwartetem umgehen können. Die Implikation ist nicht nur, dass bestimmte Sektoren der Wirtschaft nicht geeignet sind für eine marktförmige Versorgung; sondern auch, dass wir eine neue Art zu Denken brauchen, um zu verstehen, was Effektivität, Effizienz oder „Preis-Leistungs-Verhältnis“ wirklich bedeutet.

3. Plattformpolitik und Allianzen für den Wandel

Unorthodoxe Wirtschaftspolitik wird derzeit allgemein von der Linken, der Mitte und der Rechten begrüßt: Die 80% Lohnersatzleistung im Vereinigten Königreich war „wirtschaftlich und moralisch das Richtige“, so ein Kommentar in der Financial Times. Aber Europas meistverkaufte Boulevardzeitung, die Bild-Zeitung, murt bereits über die „Schuldenberge“. Und dieser Dissens wird zunehmen, wenn die Kosten des Notstands steigen. Wie immer sich die Pandemie weiterentwickelt, eine Gegenoffensive der wirtschaftlich Rechten nach dem Motto „wir können nicht zahlen, wir werden nicht zahlen“ ist zu erwarten. Das Argument wird sein, dass diese Pandemie keine Unordnung der Märkte oder ein Versagen des Kapitalismus war, sondern ein einmaliger gesundheitlicher Notstand, der schon genug gekostet habe, so dass es Zeit sei, solide Finanzen, einen Minimalstaat und die Vorherrschaft der Märkte wiederherzustellen. Sie werden den Markt versprechen und bekommen werden wir mehr Finanzkapitalismus und Austerität.

Wo sind also die politischen Kräfte und die Organisationsformen, die sich gegen dieses Versäumnis, das die Krise verschwenden würde, zur Wehr setzen können? Das Problem ist, dass es überall in Westeuropa zwei Handlungsprinzipien gibt: Mehrheitspolitik und Identitätspolitik – beide auf unterschiedliche Weisen unwirksam oder irrelevant. Demgegenüber betonen wir die Notwendigkeit eines dritten Handlungsprinzips: Allianzen für den Wandel.

Das alte Handlungsprinzip ist das Mehrheitsprinzip. Diesem folgend wetteifern Mitte-Links und Mitte-Rechts Parteien in einem binären „winner takes all“ System, in welchem eine radikale Partei ein neues grundlegendes Arrangement durchsetzen oder ein altes aufbrechen kann. Denken wir an Großbritannien mit Attlee 1945 oder an Thatcher 1979. Aber heute ist es zunehmend schwer, zu gewinnen oder eine nationale Mehrheit für eine grundlegende Erneuerung zu nutzen, weil das europäische politische System zunehmend aus mehreren Parteien besteht und/oder die größeren Parteien intern gespalten sind. Das neue Handlungsprinzip ist Identitätspolitik von „Populisten“, die das Verblässen alter klassenbasierter Loyalitäten akzeptieren und tribale Loyalitäten in einem Kampf gegen einen (imaginierten) externen Feind aktivieren. Eine solche Politik ist irrelevant für eine Erneuerung der Fundamente, bei der es um kollektive Strategien geht; und zwar innerhalb eines Raumes, der normalerweise viele verschiedene Identitäten innerhalb eines komplexen Mehrebenensystems beherbergt. Folglich verkomplizieren regionale Unabhängigkeitsbewegungen wie in Schottland und Katalonien die Sache noch weiter; ebenso wie eine EU, die sich auf rechtsgerichtete Wirtschafts- und Sozialpolitik verlässt, weil sie die Bedeutung einer grundlegenden fundamentalökonomischen Agenda nicht erkennt.

Deshalb braucht eine Wende zur Erneuerung der Fundamente in den 2020er Jahren eine Allianz für den Wandel. Es ist weder notwendig noch ausreichend, eine organisierte Regierungspartei mit einer Mehrheit an den Urnen zu haben; noch können wir auf Führer-basierte Volksbewegungen vertrauen, die kommen und gehen, ohne ein kohärentes Erbe zurückzulassen. Halbherzig anerkannte strukturelle Notwendigkeiten, wie während des Aufstieg des Munizipalismus im 19. Jahrhundert, werden aufgeklärte Politiker zu einer Erneuerung der Fundamente führen, unabhängig von ihrer Ideologie. Aber wir werden nur

durch breit angelegte Bündnisse für den Wandel Impulse gewinnen und behalten. Diese umfassen linke Parteien (rote und grüne), Gewerkschaften und zivilgesellschaftliche Bewegungen ebenso wie Konservative und Liberale, die die Bedeutung von Kollektivität in der Grundversorgung anerkennen. Die Arten von sozialen Innovationen, die in diesem Bericht vorgeschlagen werden, erfordern das Ende der etablierten Top-Down Politikgestaltung, bei der nicht registriert wird, was für die normalen Bürgerinnen und Bürger wichtig ist. Bündnisse für Veränderungen zwischen den politischen Klassen sind ohne eine größere Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an der demokratischen Entscheidungsfindung sinnlos. Dies Allianzen zu realisieren erfordert Kompromiss und Kompetenz, weil eine breit unterstützte Plattform im Detail verhandelt werden und sich in lokal relevante Pläne, gestützt auf Expertise und Beteiligung, übersetzen muss.

Selbstverständlich ist diese Aufgabe einer Erneuerung der Fundamente politisch schwierig. Aber der Preis ist das Wohlbefinden gegenwärtiger und zukünftiger Generationen. Wo immer wir uns in Europa befinden, wir können jetzt damit beginnen, mitten in der Pandemie-Krise, konkrete Verbesserungen in den Versorgungssystemen, die das Alltagsleben unterstützen, zu planen.

Entworfen vom 19. bis zum 24. März 2020

Filippo Barbera, Oriol Estela Barnet, David Bassens, Lavinia Bifulco, Andrew Bowman, Luca Calafati, Joselle Dagnes, Sarah de Boeck, Marta de la Cuesta, Joe Earle, Ewald Engelen. Jessica Ferm, Julie Froud, Colin Haslam, Sukhdev Johal, Ian Rees Jones, John Law, Adam Leaver, Kevin Morgan, Stefano Neri, Andreas Novy, Leonhard Plank, Angelo Salento, Wolfgang Streeck, John Tomaney, Karel Williams.

Deutsche Übersetzung: Richard Bärnthaler, Andreas Novy, Leonhard Plank, Lena Rücker, Alexandra Strickner.

Neuere Forschung zur Fundamentalökonomie:

Bücher

Foundational Economy, Manchester University Press, September 2018.

Economia Fondamentale, Einaudi, April 2019.

Die Ökonomie des Alltagslebens, Suhrkamp, June 2019.

Working Papers and Research Reports

Cohesion through housing? Residual income, housing tenure and UK regional policy, (WP6 February 2020) Julie Froud, Colin Haslam, Sukhdev Johal and Karel Williams
<https://foundationaleconomycom.files.wordpress.com/2020/02/fec-wp6-residual-income.pdf>

How an ordinary place works: understanding Morriston, (May 2019)
<https://foundationaleconomycom.files.wordpress.com/2019/05/morriston-report-v6-13-may-2019.pdf>

Alltagsökonomie in Wien – ein neuer Zugang zu Ökonomie und Stadt (2019). Stadt Wien: Werkstattbericht 183.
<https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/b008559.pdf>